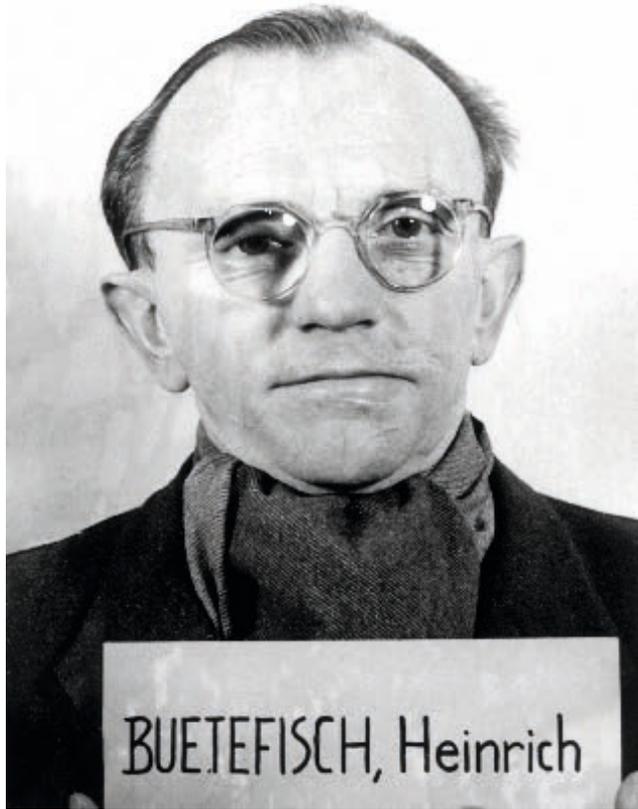


BRAUNE GEISTER IM HÖCHSTEN AMT



Er sei „nicht gerade glücklich über die Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes, keineswegs. Aber man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein reines hat!“ Mit dieser rheinisch-fröhlichen Erklärung versuchte Bundeskanzler Konrad Adenauer 1952 gegenüber Journalisten zu rechtfertigen, dass zahlreiche der neuen Diplomaten als „belastet“ galten. 2005 berief Joschka Fischer als eine seiner letzten Amtshandlungen eine Historikerkommission, welche die Geschichte des Auswärtigen Amtes während der Herrschaft der Nationalsozialisten untersuchen sollte. Fortgeführt wurde das Projekt unter Frank-Walter Steinmeier. 2010 wurden die Ergebnisse präsentiert, die eine tiefe Verstrickung in die Verbrechen des „Dritten Reiches“ dokumentierten.

Seit Gründung der Bundesrepublik gab es einen häufigen Wechsel von Beamten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem 1949 neu geschaffenen Bundespräsidialamt. Den naheliegenden Schritt, auch das Wirken möglicherweise belasteter Beamter im Bundespräsidialamt zu untersuchen, setzt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach entsprechenden Vorbereitungen jetzt um. Das Bundespräsidialamt wurde erst 1949, mehrere Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reiches“, gegründet und galt deshalb lange als unbelastet. Nun soll ein unabhängiger Historiker zwei Jahre lang untersuchen, wie tief die Mitarbeiter des Bundespräsidenten in der Bonner Villa Hammerschmidt – bis 1994 erster Amtssitz des Bundespräsidenten – in die NS-Zeit verstrickt waren. Fest steht schon heute, dass es allen Grund für diese Untersuchung gibt.

Beginnen wir mit einem Blick auf das Auswärtige Amt, aus dem auch das Bundespräsidialamt später Personal schöpfen sollte.

Ein großer Teil der Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes hatte sich dem NS-Regime angepasst. Viele unterstützten grauenvolle Verbrechen des Regimes. Ein Beispiel ist Franz Rademacher, der seit 1940 das „Judenreferat“ des Auswärtigen Amtes leitete. Er verantwortete die Deportation Zehntausender Juden

Von Beginn an zeichnete das Bundespräsidialamt auch NS-Täter aus



1964 in der deutschen Botschaft in Paris. Von links: Der ehemalige Bundeskanzler Konrad Adenauer, Botschafter Manfred Klaiber und der französische Philosoph Gabriel Marcel

aus von Deutschland besetzten Ländern, nahm an der Folgekonferenz der berüchtigten Wannseekonferenz teil und gab in Reisekostenabrechnungen als Reisegrund auch mal offen „Liquidation von Juden in Belgrad“ an. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes arbeiteten in den besetzten Ländern eng mit Wehrmacht und SS zusammen. In Belgrad jedoch war die deutsche Botschaft besonders intensiv in Verbrechen von SS und Wehrmacht eingebunden. Dort diente Manfred Klaiber ab 1942. Der 1903 geborene Jurist war nach seiner Promotion 1926 ins Auswärtige Amt eingetreten. Trotz Aufnahmesperre wurde er 1934 Mitglied der NSDAP.

DIES HINDERTE DAS württembergisch-badische Staatsministerium nicht, Klaiber bereits 1947 einzustellen und 1948 zum Ministerialrat zu befördern. Schon ein Jahr später war Klaiber Chef des Bundespräsidialamts unter Bundespräsident Theodor Heuss. Der Inhaber dieser Position gilt als ranghöchster Beamter im Bund. Nach vier Jahren war Klaiber – wie alle seine Nachfolger – zum Staatssekretär ernannt worden. Heuss verlieh Klaiber 1957 das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Manfred Klaiber wechselte ins Auswärtige Amt und bekleidete nacheinander zwei der prestigeträchtigsten Botschafterposten, erst in Rom, dann in Paris. Wechsel von Beamten zwischen Auswärtigem Amt und Bundespräsidialamt sind seit Gründung der Bundesrepublik gängige Praxis.

Aus heutiger Sicht scheint es unvorstellbar, dass niemand in beiden Ämtern Anstoß an Klaibers Tätigkeit während des Krieges nahm oder genauer nachfragte. Selbst das sogenannte „Sturmgeschütz der Demokratie“, der *Spiegel*, berichtete unzählige Male über Klaiber – seine NS-Vergangenheit war aber auch dort nie von großem Interesse.

Es gab viele NS-Täter und Unterstützer des Regimes, die nach dem Krieg erkannten, wem sie da gedient hatten, und die nun Reue zeigten. Es gab aber auch viele Täter, die ihre neue Position in der Bundesrepublik nutzten, um NS-Verbrecher zu schützen und so die Opfer ein zweites Mal zu verhöhnen. Als

Botschafter in Italien hat Klaiber gemeinsam mit anderen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern dafür gesorgt, dass in Deutschland lebende Kriegsverbrecher nicht von der Justiz behelligt wurden.

Doch haben sich Klaibers Vergangenheit und seine nach dem Krieg gepflegten Verbindungen zu ehemaligen NS-Funktionären auch auf seine Amtsführung im Bundespräsidialamt ausgewirkt? Hat Klaiber das Prestige von Heuss oder die hohe Reputation seiner amtlichen Position zugunsten von rassistischen Verbrechern ausgenutzt? Darüber ist kaum etwas bekannt. Allerdings unterstand ihm als Chef des Bundespräsidialamts auch dessen Ordenskanzlei. Sie entscheidet seit der Stiftung des Bundesverdienstkreuzes 1951 über Verleihungen.

Von Beginn an wurden auch NS-Täter ausgezeichnet. Deshalb wurden schon 1952 die Verleihungsrichtlinien so geändert, dass Orden auch wieder aberkannt werden konnten. Dennoch wurden sie zahlreich an Personen verliehen, die dem

NS-Regime erheblichen Vorschub geleistet hatten.

Darunter war Friedrich Flick, der in den Nürnberger Prozessen zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war. Oder Adenauers Kanzleramtschef Hans Globke, der den Gesetzeskommentar zu den „Nürnberger Rassegesetzen“ geschrieben hatte. Das „Erbgesundheitsgesetz“ führte zu Zwangssterilisierungen und Morden an unzähligen Behinderten, das „Blutschutzgesetz“ war eines der grauenvollsten antisemitischen Gesetze – auch an deren Entstehung war Globke beteiligt. Es ist schwer vorstellbar, dass die Ordenskanzlei des Bundespräsidialamts diese Verstrickungen nicht kannte.

NACH DEM AMTSANTRITT von Bundespräsident Heinrich Lübke im Jahr 1959 wurde im Jahr 1961 Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld Chef des Bundespräsidialamts. Dieser gilt bis heute als Lichtgestalt des Diplomatischen Dienstes der jungen Bundesrepublik, geradezu

ein Gegenentwurf zum NSDAP-Mitglied Klaiber.

Der 1904 geborene Jurist trat 1927 ins Auswärtige Amt ein. Von 1931 bis 1939 war er überdurchschnittlich lange am selben Dienort eingesetzt, der deutschen Botschaft in Moskau. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit dem seit 1934 amtierenden Botschafter Friedrich Werner Graf von der Schulenburg und dem Militärattaché Ernst Köstring. Schulenburg gehörte zum Widerstand um Carl Goerdeler und Henning von Tresckow, die diesen zeitweise als Außenminister nach der geplanten Ermordung Hitlers sahen.

Herwarth hatte eine jüdische Großmutter. Darum hätten seine Gönner im Auswärtigen Amt ihn so lange von Berlin ferngehalten. Dies berichtet Herwarth in seiner Autobiografie „Zwischen Hitler und Stalin“. Er schildert dort auch, wie er in die Verhandlungen des Hitler-Stalin-Paktes eingebunden war und seinen Freunden in den Botschaften

Großbritanniens und der USA brisante Dokumente zur deutschen Kriegsplanung zuspilte. Noch 1940 verriet er den geplanten Angriff Hitlers auf die Sowjetunion. Wohl nur wenige deutsche Beamte haben ein so hohes persönliches Risiko auf sich genommen, um Hitlers Kriegsmaschinerie zu hemmen. Es gibt viele Gründe, Herwarth zum Widerstand gegen Hitler zu zählen und seine Zivilcourage zu bewundern.

1939 wurde Herwarth zur Wehrmacht eingezogen, die bald erkannte, dass viele Bürger der Sowjetunion die Deutschen als Befreier von Stalins Joch sahen. Ganze Armeeeinheiten, darunter die Kosaken oder die Armee von General Wlassow, wollten auf deutscher Seite gegen Stalin kämpfen. Herwarth war Landeskennner, sprach fließend Russisch und kümmerte sich um Anwerbung und Eingliederung der „Osttruppen“. Schon bald diente er wieder unter seinem vormaligen Chef Ernst Köstring, der General der Freiwilligenverbände geworden war. Es kam zu regelmäßigen Absprachen mit der SS, auch bezüglich der Judenvernichtung in den „Ostgebieten“. Er war auch in die „Partisanenbekämpfung“ verstrickt, zu der Massenerschießungen von Zivilisten und Plünderungen gehörten.

Herwarths amerikanische Freunde aus Moskauer Zeiten protegierten ihn nach dem Krieg. Schon 1949 war er Ministerialrat, zwei Jahre später Protokollchef im Auswärtigen Amt, eine der dortigen Spitzenpositionen. 1955 erhielt er den prestigeträchtigen Posten als deutscher Botschafter in London und wurde 1961 unter Lübke Chef des Bundespräsidialamts.

Die Beurteilung der Person Herwarths ist deutlich ambivalenter als die von Klaiber. Umso genauer gilt es zu prüfen, welchen NS-Belasteten unter Herwarth hohe Auszeichnungen verliehen wurden. Auch hier wird man rasch fündig. Heinrich Bütefisch war Wehrwirtschaftsführer und Vorstand des I. G. Farben-Konzerns. Unter Bütefisks Zuständigkeit wurde eine gigantische Fabrik neben dem Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz geplant, dessen Häftlinge für Bütefisks Projekt



Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld, hier 1955 als deutscher Botschafter in London, leitete ab 1961 unter Heinrich Lübke das Bundespräsidialamt

schufteten und starben. Ab 1942 entstand dann sogar ein werkseigenes KZ. Der Ehrenführer der SS und Mitglied des Freundeskreises Reichsführer-SS wurde schließlich ebenso wie Flick in den Nürnberger Prozessen verurteilt – zu sechs Jahren Haft. Er wurde bekannt für seine Verantwortung für Zehntausende durch Arbeit vernichtete KZ-Sklaven.

Und Herwarth hatte die Verantwortung für die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an Bütefisch. Sollten die genau prüfenden Beamten Herwarths wirklich nicht geahnt haben, wer da geehrt wird? Viele Bürger wussten es und protestierten dagegen. So wurde Bütefisch abermals bekannt – als der erste Geehrte, dem das Bundesverdienstkreuz wieder aberkannt wurde. Unbekannt ist jedoch bis jetzt, ob eine Aberkennung des 1963 an Herwarth selbst verliehenen Großkreuzes mit Stern und Schulterband aufgrund der offenen Fragen zu seinem Einsatz an der Ostfront jemals geprüft wurde.

DIE GRUNDSÄTZLICHE FRAGE jedoch lautet: Wurden die zahlreichen Ordensverleihungen an ehemals hochrangige Nationalsozialisten durch Nachlässigkeiten einzelner Beamter möglich? Oder gab es bewusste Bestrebungen, Täter zu ehren? Waren nur einzelne Beamte in der ersten und zweiten Reihe in das NS-Regime verstrickt gewesen? Oder war das Bundespräsidialamt gar ein Sammelbecken von Altnazi-Seilschaften? Die Anzahl der infrage kommenden Mitarbeiter ist überschaubar. Bei Amtsantritt von Heuss verfügte das Amt über zwölf Beamte, davon fünf im höheren Dienst; in der zweiten Amtszeit Lübkes waren es 29, davon zwölf im höheren Dienst.

Ende März will das Bundespräsidialamt bekannt geben, welchen Historiker es mit dem im letzten Dezember ausgeschriebenen Forschungsprojekt „Das Bundespräsidialamt und der Nationalsozialismus“ beauftragt. Dabei stehen neben der möglichen NS-Vergangenheit führender Beamter auch die Praxis von Ordensverleihungen und Begnadigungen. Die Studie soll zum Ende der ersten Amtszeit Steinmeiers 2022 vorliegen.

Sie wird Auskunft darüber geben, in welchem Rahmen Klaibers Entnazifizierungsverfahren stattfand oder wie viele der Beamten des höheren Dienstes unter Heuss und unter Lübke sich zur NS-Zeit belastet hatten. Vor allem aber wird sie Antworten geben, ob das Bundespräsidialamt unter den ersten beiden Bundespräsidenten von Kriegsverbrechern geleitet wurde.

ES STEHT DIE FRAGE IM RAUM, weshalb das Bundespräsidialamt erst jetzt, rund 70 Jahre nach Amtsgründung, diesen heiklen Fragen nachgeht. Noch 2014 versuchten Spitzenbeamte des Bundespräsidialamts unter Bundespräsident Gauck neue Erkenntnisse, die Einfluss auf den Umgang ihres Amtes mit der NS-Vergangenheit haben, zu relativieren. Frank-Walter Steinmeier setzte andere Akzente. Er brachte bei seinem Amtsantritt als Bundespräsident im März 2017 – wie bei solchen Amtswechseln üblich – eine Reihe von Vertrauten mit.

Es steht die Frage im Raum, warum das Präsidialamt erst jetzt nachforscht

Schon nach kurzer Zeit wurde die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für diese ein wichtiges Thema. Dies spiegelte sich nicht nur im Umgang mit der Geschichte der Liegenschaften des Amtes wider, sondern auch in der Einrichtung eines eigenen Arbeitsbereichs „Historische Grundsatzfragen und Gedenken“ im Präsidialamt.

Diese Haltung zur nationalsozialistischen Vergangenheit, aber auch zu den Lehren, die die Demokratie daraus ziehen kann und muss, drückten zuletzt die Reden Steinmeiers in Yad Vashem und Auschwitz aus. Auch und gerade im innenpolitischen Bereich ist diese Haltung prägendes Element der Amtszeit Steinmeiers. Nun sollte man dem beauftragten Historiker Zeit geben, dieses Element durch eine profunde Studie abzurunden.



JULIEN REITZENSTEIN
ist Historiker an der
Heinrich-Heine-Universität
in Düsseldorf.

1/2 Q Anschnitt
212 x 137,5